



Während in der Bundesrepublik 11 Millionen Menschen in Armut leben müssen - davon 1,5 Millionen Kinder - horten die 100 reichsten Deutschen ein Vermögen von 350 Milliarden Euro. Zwei Prozent der Haushalte verfügen über mehr als 60 Prozent des privaten Geldvermögens. 80 Vermögensmilliardäre haben ihren Reichtum in den letzten eineinhalb Jahren um 46 Prozent gesteigert. Hätte man bei diesen Steinreichen nur die Hälfte des Vermögenszuwachses als Steuern einbehalten, hätte der Staat 50 Milliarden Euro mehr in der Kasse, ohne dass die Herren Milliardäre am Hungertuch nagen müssen.

Wo der Profit regiert bleiben die Menschen auf der Strecke.

Geld ist genug da. Wir leben in einem der reichsten Länder der Erde. Aber dieser Reichtum ist ungleich verteilt. Und die Politik der Bundesregierung - ebenso wie die ihrer Vorgänger - sorgt dafür, dass die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer wird.

Während die Reichen abkassieren wie selten zuvor, steigt das Risiko ein Armutsfall zu werden - von 12,1% im Jahr 1998 auf 13,5% in 2003.

Größtes Armutsrisiko ist die Arbeitslosigkeit. Die 5,2 Millionen Menschen, die die offizielle Statistik erfasst, sind längst nicht die ganze Wahrheit. Experten gehen von insgesamt 9,1 Millionen Arbeitslosen in Deutschland aus, wenn man die versteckte Arbeitslosigkeit mitrechnet.

Seit Jahren machen die verschiedenen Bundesregierungen von Kohl bis Schröder immer die gleiche Politik, mit der sie angeblich die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen. Sie stecken den Konzernen Milliarden in den Rachen, indem sie deren Steuern senken und bauen gleichzeitig soziale Errungenschaften für die Mehrheit der Menschen ab

und üben Druck auf die Arbeitslosen aus. Die einfache Formel, mit der diese Politik begründet wird lautet: Die Profite der Konzerne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Dass diese Formel schlicht nicht funktioniert, scheint die Politiker nicht zu stören. Die Umverteilung von unten nach oben wird immer aggressiver betrieben. Die 30 Großkonzerne und Banken, die im Deutschen Aktienindex (DAX) geführt werden, haben ihre Profite im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr um über 60% gesteigert. Manche Analysen sprechen sogar von einem Gesamtprofit der DAX-Konzerne in Höhe von 62 Milliarden Euro, was einer Steigerung von 100% entspräche. Bereits im Jahr davor, hatten sie mächtig abgesahnt.

DKP gegen Kapital
und Kabinett

DIE ABSAHNER

Siemens: Gewinn vor Steuern +26%, nach Steuern +39%. Im Inland wurden 4.000 Arbeitsplätze abgebaut.

Deutsche Bank: Gewinn vor Steuern +50%, nach Steuern +87%. In Deutschland wurden 2.700 Stellen im Jahr 2004 abgebaut.

DaimlerChrysler: Konzernergebnis +450%! Stellenabbau angekündigt.

Telekom: Gewinn nach Steuern +270%. 3.700 Arbeitsplätze vernichtet.

BASF: Gewinn vor Steuern +85%, nach Steuern +106%. 5.200 Arbeitsplätze abgebaut.

Die deutschen Konzerne schwimmen im Geld. Allein die 30 DAX-Konzerne haben 102 Milliarden Euro flüssige Mittel in ihren Kriegskassen.

Und die Manager dieser Großkonzerne haben sich kräftig aus der Kasse bedient. Sie genehmigten sich 2003 Gehaltserhöhungen von 11% und verdienen durchschnittlich 1,42 Millionen Euro pro Jahr, während

die Arbeiter und Angestellten netto gerade mal 0,5% mehr bekamen.

Die Steuerpolitik der Bundesregierung bescherte den Unternehmen in vier Jahren eine Entlastung von zusammen 100 Milliarden Euro. Das ist das Geld, das im Bundeshaushalt fehlt und mit dem dann "begründet" wird, warum soziale Leistungen gestrichen oder die niedrigen Einkommen noch stärker zur Kasse gebeten werden müssen.

Obwohl die Konzerne also im Geld schwimmen, obwohl sie praktisch fast keine Steuern mehr bezahlen, investieren sie nicht - und schon gar nicht in neue Arbeitsplätze.

Die realen Bruttoanlageinvestitionen sinken nun schon das vierte Jahr in Folge. Die Konzerne kaufen lieber eigene Aktien zurück, schütten Dividenden aus oder kaufen Konkurrenzunternehmen auf.

Das Märchen von den Profiten, die sich in Arbeitsplätze verwandeln, ist längst widerlegt. Wer es immer noch predigt, hat nicht unsere Arbeitsplätze, sondern die Profit-Interessen der Konzerne auf seiner Prioritätenliste. Höchste Zeit für eine andere Politik.

Wer sich nicht wehrt - lebt verkehrt!

Wer den Reichen nichts nimmt kann den Armen nichts geben.

Das Geld dort holen, wo es ist: Bei den Konzernen und Banken, bei den Superreichen!

Gewerkschaften und alternative Wirtschaftswissenschaftler haben seit Jahren Programme für mehr Beschäftigung vorgelegt. Das wirkungsvollste Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit ist ein Investitionsprogramm zur Sanierung der Städte und Gemeinden, der Wasserversorgung, sozialen Infrastruktur, Energieversorgung, des Nahverkehrs und des Wohnungswesens. Der Investitionsbedarf der Kommunen für die nächsten zehn Jahre wird vom Deutschen Institut für Urbanistik auf insgesamt 609 Milliarden Euro beziffert.

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat einen Vorschlag für eine gerechte Steuerpolitik gemacht. Er brächte 14 Milliarden Euro jährlich aus der Vermögenssteuer, 9 Milliarden kommen aus einer Börsenumsatzsteuer

und eine Besteuerung von Spekulationsgewinnen brächte 17 Milliarden Euro jährlich.

Die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität würde weitere 50 Milliarden Euro in die Staatskassen spülen.

Die Rückgängigmachung der letzten Absenkung beim Spitzensteuersatz für die Großverdiener bringt 4 Milliarden Euro.

Der Verzicht auf Auslandseinsätze der Bundeswehr spart 1 bis 1,5 Milliarden Euro jährlich.

Der Verzicht auf das Militärtransportflugzeug für Kriegseinsätze in aller Welt A400M spart 8,3 Milliarden Euro und die Streichung des Kampfhubschraubers Tiger 3,7 Milliarden.

Sozial is' muss!